



Kommunalwahlprogramm

Politik für Salzgitter



GLÜCK AUF SALZGITTER

afd-salzgitter.de

Kommunalpolitisches Wahlprogramm der AfD-Salzgitter

Vorwort	3
Teil I: Die AfD Grundpositionen	4
Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung	4
Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung	4
Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit	4
Teil II: Unsere kommunalpolitischen Ziele	5
1. Allgemeine Verwaltung	5
Kommunale Sprachpolizei abschaffen	5
Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen	5
2. Öffentliche Sicherheit und Ordnung	5
Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns hinter unsere Polizei	5/6
Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen	6
Brandschutz- und Rettungsdienste unterstützen	6
3. Schulen	6
Was Schule leisten soll	6
Ganztagsschulen lösen nicht unsere Probleme	6/7
Digitalisierung in der Schule ist kein Selbstzweck	7
Sprachkompetenz wird Aufnahmekriterium für Regelschulen	7
Förderschulen wiederherstellen, Inklusion begrenzen	7/8
4. Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege	8
Kernkraft und Endlager (Schacht Konrad)	8
Kulturförderung nur für staatstragende Organisationen	8/9
Musikschulen haben einen besonderen Nutzen	9
Kulturelle Überlieferung lebendig erhalten	9
Die gelebte Tradition der deutschen Kultur bewahren	9
Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern	9/10
Demokratiefeindlichem Islamismus entgegentreten	10
5. Soziale Sicherung	10
Reserven aktivieren und besser qualifizieren	10
Sozialhilfe nur für Bedürftige	10/11
Den Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden	11
Kindererziehung ist Privatsache, nicht Staatsaufgabe	11
Kinderarmut bekämpfen – Bündnisse für benachteiligte Kinder	11
Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und fordern	12
Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten	12
Beratung und Ermutigung für junge Paare	12
Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern	13
Ehrenamtliches Engagement fördern	13
6. Gesundheit, Sport, Erholung	13

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen	13/14
Den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken	14
Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln.....	14
Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung	14
Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen	14/15
Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern	15
Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache	15
Hebammen aktiv unterstützen.....	15
Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld	15
Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen.....	15
Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens	15
Freizeitangebote für Jugendliche auf dem Lande fördern	16
7. Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	16
Bevormundung von Haus- und Wohnungseigentümern beenden	16
Politisch motivierte Umbenennungen von Straßennamen.....	16
Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen	16
Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen	16
Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich.....	16
Frackingentscheidungen nur mit Bürgerbeteiligung treffen	17
Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten	17
Landflucht in Niedersachsen beenden.....	17
Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den Islam unterbinden	17
Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen	17
Den Verkehrsfluss verbessern	17
Bahnanbindungen verbessern.....	18
Wohneigentumsquote erhöhen	18
Bezahlbares Wohnen fördern.....	18
Wohnen auf Campingplätzen erlauben	18
Alternative Wohnformen ausbauen	18
Straßenausbaubeiträge abschaffen	19
Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik.....	19
Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben.....	19
8. Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung.....	19
Der Bodenspekulation entgegenwirken.....	19/20
Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben	20
Regionale Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften fördern	20
Naturschutz statt Klimaschutz	20
Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen.....	20
Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten.....	21
Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern.....	21
9. Öffentliche Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen	21
Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt.....	21
Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge	21/22
Eigenwirtschaftlichkeitszwang des ÖPNV vermeiden.....	22
Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben.....	22

Elektrizität aus Windkraft	22
Elektrizität aus Biogasanlagen	22/23
Elektrizität aus Photovoltaik	23
10. Allgemeine Finanzwirtschaft.....	23
Die Finanzkraft der Kommunen stärken	23
An die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren	23/24
Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben.....	24
Sparsame und effiziente Verwendung von Steuermitteln.....	24
Teil III: Maßstäbe für weitere und neue fachbereichsübergreifende Themen.....	24/25
Direkte Demokratie	25
Gewaltenteilung	25
Soziale Marktwirtschaft	25/26
Subsidiarität.....	26
Föderalismus	27
Familie	27
Wahrung der gelebten Tradition der deutschen Kultur.....	27/28

Vorwort

Dieses Kommunalwahlprogramm wurde in Zusammenarbeit mit interessierten Mitgliedern, Mandatsträgern und solchen, die zur Kommunalwahl 2021 in Niedersachsen antreten wollen und den Landesfachausschüssen unserer Partei erstellt.

Ausgangspunkt der Entwicklung dieses Programms sind die Positionen, die in dem Grundsatzprogramm der Alternative für Deutschland formuliert und in dem Landesprogramm der AfD Niedersachsen festgelegt sind.

Kein Wahlprogramm kann im Vorfeld zu allen sich möglicherweise ergebenden Fragestellungen eine Antwort geben. Ebenso wenig kann es zu allen lokalen Themen eine Positionierung aufzeigen oder vorgeben. Aus diesem Grunde enthält dieses Wahlprogramm eine Zusammenstellung aller wesentlichen Positionen, die sich an dem Gliederungsplan für die Haushalte der Kommunen in Niedersachsen orientieren.

Maßgeblich mitbestimmend für unsere politischen Ziele sind die Grundpositionen unserer Partei. Diese sind unter I. in der Präambel dargestellt und deren Umsetzung auf kommunaler Ebene formuliert. Teil II enthält eine Auflistung aller Themen, die mehrere Kommunen betreffen. Die Orientierung am kommunalen Gliederungsplan ist der rote Faden für den Aufbau dieses Teils. In Teil III sind die unter unseren Grundpositionen festgelegten Grundwerte für die kommunale Ebene ausformuliert. Sie dienen als Beurteilungskriterien für alle offenen Positionierungen dieses Wahlprogramms.

Teil I: Die AfD Grundpositionen

In der Präambel unseres Grundsatzprogramms haben wir, die Mitglieder der Alternative für Deutschland, uns wie folgt positioniert:

Wir sind Liberale und Konservative.

Wir sind freie Bürger unseres Landes.

Wir sind überzeugte Demokraten.

Daraus leiten wir folgende Grundforderungen auf kommunaler Ebene ab:

Größtmögliche Freiheit statt staatlicher Bevormundung

Die Alternative für Deutschland steht auf dem Wertefundament der vorab genannten Grundpositionen. Daraus folgen unsere Forderungen auf Bewahrung der eigenen Nation und Kultur und die Freiheit des Einzelnen vor staatlicher Bevormundung.

Verbesserung der kommunalen Bürgerbeteiligung

Das einzig gesicherte Recht der wahlberechtigten Bürger besteht in der Abgabe von Kreuzen alle fünf Jahre für die Räte und alle acht Jahre für die Hauptverwaltungsbeamten.

Darüber hinaus sind im Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) „Mitwirkungsrechte“ für Einwohner und Bürger und nur äußerst eingeschränkte Mitentscheidungsrechte für die Bürger in Form von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (natürlich von „Oben“) festgelegt.

Die Realität zeigt, dass die Barrieren für Mitentscheidungen oder gar Entscheidungen in Niedersachsen so hoch angesetzt sind, dass sie bisher nur in wenigen Fällen angewendet wurden.

Diese Mitbestimmungsrechte wollen wir nach Möglichkeit verbessern.

Anspruch und Wirklichkeit kommunaler Selbstständigkeit

Im Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes und in Art. 57 der Niedersächsischen Verfassung ist festgelegt, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände ein Anrecht darauf haben, alle örtlichen Angelegenheiten in eigener Verantwortung zu regeln.

Doch was örtliche Angelegenheiten sind, wird nicht durch die Kommunen, sondern durch kurzfristige und ideologiegetriebene Bundes- und Landespolitiker entschieden. Dieser Missstand hat dazu geführt, dass die Realität derzeit anders aussieht: Nur ein Bruchteil der von den Kommunen wahrgenommenen Aufgaben sind Aufgaben, in denen noch ein Entscheidungsspielraum besteht. Dieser wird zudem zunehmend durch Regelungen und Vorgaben auf EU-Ebene eingeeignet.

Viele kommunale Aufgaben sind solche, die im Auftrag des Bundes oder Landes umgesetzt werden müssen. Dabei ist die Tendenz die, dass der hierdurch verursachte Personal- und Sachaufwand trotz gesetzlicher Festlegung immer weniger durch Zuweisung von entsprechenden Finanzmitteln aus dem Steueraufkommen ausgeglichen wird.

Es ist an der Zeit, diese Entwicklung umzukehren und den Kommunen mehr Entscheidungsspielräume einzuräumen.

Teil II: Unsere kommunalpolitischen Ziele

In diesem Teil sind unsere Forderungen und Ziele aufgelistet, die wir über spezifische lokale Themen hinaus innerhalb der aktuell geltenden gesetzlichen Vorgaben und Einschränkungen anstreben und umsetzen wollen. Die Gliederungssystematik der Themen orientiert sich am Gliederungsplan für die Haushalte der Gemeinden und Gemeindeverbände (KomGIPI), da die Mehrheit der kommunalen Aufgaben mit Ausgaben/Einnahmen verbunden ist.

Allgemeine Verwaltung

Kommunale Sprachpolizei abschaffen

Die Anzahl der Versuche über eine gendergerechte Sprache eine Umerziehung von uns Bürgern zu erreichen ist unerträglich. Nun fehlt nur noch das Huxleysche Wahrheitsministerium. Wir stemmen und mit aller Macht dagegen.

Möglichkeiten der Digitalisierung nutzen

Die zunehmende Digitalisierung bietet der Verwaltung neue Möglichkeiten nach innen und außen. Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen. Zur Steigerung der Bürgernähe sollen die Behörden ihre digitalen Leistungsangebote für den Bürger weiter ausbauen und ihre Kommunikation, etwa in Schreiben und Veröffentlichungen, adressatengerechter gestalten. Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten. Dies gilt auch für finanz- und haushaltsrechtliche Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite.

Öffentliche Sicherheit und Ordnung

Wir stärken die öffentliche Ordnung und stellen uns hinter unsere Polizei

Die öffentliche Ordnung wird durch aggressives Betteln, öffentliche Gelage, provokatives Verhalten an christlichen Feiertagen und die Okkupation des öffentlichen Raumes z. B. durch Randalierer oder Gruppen von Migranten gefährdet. Auch müssen politische Parteien in ihrer öffentlichen Arbeit vor Angriffen von Störern, Saboteuren und Gewalttätern wirksam geschützt werden.

Niedersachsens Polizei braucht die volle Rückendeckung durch die Politik. Eine Bloßstellung und Herabwürdigung der Beamten nach Einsätzen gegen Gewalttäter darf es nicht geben. Einsatzkritik sollte ggf. intern erfolgen und nicht über die Medien lanciert werden.

Wir setzen uns für eine wehrhafte Demokratie sowie einen schlanken Rechtsstaat ein und verschaffen dem Gesetz wieder uneingeschränkte Geltung.

Wir bekämpfen die Feinde der Demokratie, seien es ideologische und religiöse Fanatiker, kriminelle Einzeltäter oder Banden. Den kommunistischen Gewalttätern der Antifa werden wir entschieden entgegentreten und die Verherrlichung ihrer verfassungsfeindlichen Ideologie an den Schulen unterbinden.

Wir fordern eine Stärkung der inneren Sicherheit als eine wesentliche Staatsaufgabe. Die steigende Kriminalität, insbesondere die enorme Zunahme von Gewaltkriminalität durch ausländische Täter und Täter mit Migrationshintergrund ist eine Bedrohung für unsere Gesellschaft. Bei den Bürgern wächst das Gefühl von Unsicherheit, die staatliche Ohnmacht gegenüber brutalen und respektlosen Straftätern löst Unverständnis aus. Auch die derzeitige Praxis, durch Weglassen von Information über die Herkunft von Tätern die Statistiken zu fälschen, werden wir beenden.

Illegale Migranten und abgelehnte Bewerber zurückführen

Wir werden den grundgesetzwidrigen „Flüchtlings“-Zustrom der letzten Jahre rückgängig machen. Illegale Zuwanderer müssen in ihre Heimat oder in sichere Drittstaaten zurückgeführt werden. Etwaige Aufenthaltstitel und andere in rechtswidriger Weise ergangene Bescheide sind null und nichtig. Wir werden Integrationsmaßnahmen für illegale Zuwanderer beenden. Die bislang besonders nachlässige niedersächsische Abschiebepaxis muss sich zukünftig allein am geltenden Recht und an den Interessen der Bürger dieses Landes orientieren.

Wir fordern, die Abschiebehaft für ausreisepflichtige Personen bis zur tatsächlichen Ausreise zu vollziehen, damit sie sich nicht der Ausreise entziehen können.

Wir werden Geldzahlungen an Personen ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland soweit möglich durch Sachmittel ersetzen.

Brandschutz- und Rettungsdienste unterstützen

Wir unterstützen die kommunalen Brandschutz- und Rettungsdienste. Sie sind ein Schwerpunkt des ehrenamtlichen Engagements und besonders zu fördern.

Schulen

Was Schule leisten soll

Die Alternative für Deutschland tritt für ein leistungsorientiertes, differenziertes, fachlich ausgerichtetes, entbürokratisiertes und durchlässiges Schulsystem in Niedersachsen ein. Grundsätzlich wird damit die Rückkehr zu dem bewährten dreigliedrigen Schulsystem angestrebt, welches über Jahrzehnte durch hervorragende Bildungserfolge den Wohlstand Deutschlands sicherte und weltweit als Vorbild diente. Die völlig unnötige Abschaffung dieses erfolgreichen Schulsystems und die zunehmende Ersetzung durch eine ideologisierte Einheitsschule lehnt die Alternative für Deutschland deshalb entschieden ab.

Wir machen unser Bildungssystem wieder so leistungsfähig, dass es den unterschiedlichen Begabungen und Bedürfnissen der Schüler gerecht wird.

Ganztagsschulen lösen nicht unsere Probleme

Der verpflichtenden Ganztagsschule wird zugeschrieben, Kinder aus Unterschichtmilieus herausführen zu können. Auch wenn diese Hoffnung sympathisch klingt, muss man nüchtern feststellen, dass Schule in der Wirklichkeit dafür nur bedingt geeignet ist. Die fehlenden sozialen Verbindungen der Schüler zur Familie, zu Vereinen und Freundschaftsgruppen kann von der Ganztagsschule nicht ersetzt werden. Außerschulische Bildungs- und Betreuungsangebote können ihren begrenzten Beitrag zur Milderung der Probleme besser und gleichzeitig kostengünstiger leisten.

Insbesondere darf die Leistung der Vereine in unseren Kommunen für die Entwicklung der Heranwachsenden und den Zusammenhalt der Gesellschaft nicht unterschätzt werden. Diese wertvolle gesellschaftliche Arbeit wird durch die verpflichtende Ganztagschule massiv gefährdet.

Digitalisierung in der Schule ist kein Selbstzweck

Wir unterstützen eine für den Lehrbetrieb geeignete Digitalisierung der Schulen. Im 21. Jahrhundert muss eine leistungsfähige Schule selbstverständlich zeitgemäße Informationsverarbeitungssysteme sowohl für den Unterricht als auch für die Schulverwaltung nutzen. Dafür sind die Schulen mit moderner Hard- und Software flächendeckend durch die Schulträger auszustatten.

Die Einführung von speziellen Schulverwaltungsprogrammen, wie z.B. IServ, die die Kommunikation zwischen Lehrern, Schülern und Eltern erleichtern, ist zu unterstützen und auszubauen.

Dagegen lehnen wir die digitale Speicherung von Schulbüchern und die Erledigung von Aufgaben aller Art auf Tablets ab, da sie zu einer Ablenkung vom zentralen Unterricht führen. Das gedruckte Schulbuch und das mündliche Unterrichtsgespräch können und dürfen nicht durch den Einsatz digitalisierter Medien wie Tablets ersetzt, sondern allenfalls ergänzt werden. Ein Heimunterricht darf nur eine Ausnahme, nie die Regel sein.

Die kommunalen Schulträger haben zwingend die Systemadministration als Voraussetzung für eine erfolgreiche Digitalisierung zu gewährleisten.

Sprachkompetenz wird Aufnahmekriterium für Regelschulen

Schüler mit guten deutschen Sprachkenntnissen dürfen infolge des massiven Zuzugs von Kindern, die kein oder kaum Deutsch sprechen, nicht in ihrer schulischen Entwicklung beeinträchtigt werden.

Schon jetzt haben vor allem islamische Migranten ungewöhnlich häufig schulische Probleme, die oftmals auch durch die schlechte Beherrschung der deutschen Sprache bedingt sind.

Wir fordern daher vor der Aufnahme an einer Schule bei sprachlichen Defiziten den verpflichtenden Besuch und Abschluss entsprechender Sprachkurse, sowie bei großen kulturellen Unterschieden den ebenfalls verpflichtenden Besuch von Integrationskursen. Auch hier sind die kommunalen Schulträger gefragt.

Fachliche Aufnahmevoraussetzungen und ausreichende Sprachkenntnisse für die verschiedenen Schulformen müssen auch von Schülern mit Migrationshintergrund nachweislich erfüllt werden. Eine schulische Ausbildung hat selbstverständlich nur für Schüler mit Bleibeperspektive stattzufinden, illegal im Land befindliche Migranten sind nicht zu beschulen.

Förderschulen wiederherstellen, Inklusion begrenzen

Die bisherige Inklusion hat das niedersächsische Schulwesen ins Chaos gestürzt und viel Leid bei Schülern, Eltern und Lehrern in Niedersachsen angerichtet.

Wir fordern deshalb die sofortige Rückabwicklung der radikalen Inklusion auf den Stand des Schulgesetzes vor 2012. Dies beinhaltet die sofortige Wiedereröffnung der bereits geschlossenen Förderschulen des Bereichs Lernen sowie die uneingeschränkte Weiterführung der bewährten Einrichtungen. Die kommunalen Schulträger sollen sich in besonderem Maße für die Wiederherstellung bzw. für den Erhalt der Förderschulen einsetzen.

Wir unterstützen die vor 2012 bereits bewährten Formen der Inklusion. Diese Inklusion mit Augenmaß erlaubt die Aufnahme in eine Regelschule bei entsprechendem Elternwunsch ausschließlich dann, wenn die Leistungsvoraussetzungen für die entsprechende Schulform gegeben sind. Es müssen die verbindlichen Regeln zur Leistungsbeurteilung und Versetzung gelten, jedoch ist bei Bedarf Unterstützung durch Förderschullehrer und pädagogische Mitarbeiter zu gewährleisten.

Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege

Kernkraft und Endlager (Schacht Konrad)

Die AfD Salzgitter sagt: Endlager Schacht Konrad unnötig!

In der modernen Welt ist „Atom Müll“ ein Wertstoff und kein Abfall.

Moderne Kerntechnologie ermöglicht die Unschädlichmachung der langlebigen nuklearen Reststoffe, und das unter Energiegewinn. Geologische Endlager sind damit gar nicht mehr nötig.

Das wohl eleganteste derartige Konzept haben deutsche Ingenieure entwickelt: Den "Dual-Fluid-Reaktor". Die Probleme der Energiewende ließen sich damit mit einem Schlag lösen. Denn die moderne Kerntechnologie bietet eine günstige, sichere und umweltfreundliche Energieversorgung.

Dieser völlig neuartige Kernreakortyp ist sicher.

Eine Kernschmelze ist ausgeschlossen, weil der Kern im Betrieb schon geschmolzen ist. Dieser Reaktor kann den langlebigen radioaktiven Abfall herkömmlicher Reaktoren verbrennen und unter Energiegewinn, also insbesondere unter Stromproduktion, in kurzlebige Abfälle umwandeln. Das heißt, was heute noch für hunderttausende Jahre in ein geologisches Endlager soll, ist der Brennstoff für diese modernen Reaktoren.

Und das CO₂-frei.

Mit dieser Umwandlung (sog. Transmutation) erreicht man sogar die Entschärfung der bereits angefallenen radioaktiven Stoffe aus herkömmlichen AKW.

Brennstoffvorräte stehen für viele Jahrhunderte zur Verfügung.

Auf diese Weise wäre auch die "Energiewende" noch zu retten - CO₂-freie Stromproduktion mit endlich wieder bezahlbaren Preisen für Bürger und Wirtschaft.

Die Arbeitsplätze zum Beispiel bei VW, MAN, Bosch, Alstom und der Salzgitter AG haben mit dieser Technologie tatsächlich eine stabile Zukunft.

Viele wissenschaftliche Schätze warten noch auf ihre Entdeckung und machen weitere Forschungen im Energiesektor dringend notwendig.

Kulturförderung nur für staatstragende Organisationen

Die staatliche Förderung von kulturellen oder gesellschaftlichen Einrichtungen oder Vereinen trägt wesentlich zur Bildung unserer Bevölkerung bei. Die AfD Niedersachsen tritt entschieden dafür ein, dass Fördermittel nur an solche Vereinigungen vergeben werden, die ausdrücklich die freiheitlich-demokratische Grundordnung unseres Landes bejahen. Dies gilt auch für diejenigen, die von diesen Vereinigungen Mittel erhalten.

Im Übrigen sind Förderprogramme nur für Projekte aufzulegen, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann.

Der Islam ist nicht Teil der abendländischen Kultur- und Wertetradition. Daher lehnen wir auch die kommunale (Teil-)Finanzierung aller islamischer Veranstaltungen und Einrichtungen ab.

Musikschulen haben einen besonderen Nutzen

Wir unterstützen die Kreismusikschulen.

Zentrales Anliegen unserer Kulturpolitik ist es, jungen Menschen Kulturtechniken zu vermitteln, die sie befähigen am kulturellen Leben nicht nur passiv, sondern auch kreativ gestaltend mitzuwirken. Vor allem die Musikschulen sollten durch verbesserte finanzielle Förderung und engere Zusammenarbeit mit den Schulen in den Stand versetzt werden, einem großen Teil der Jugend das Erlernen eines Instrumentes möglich zu machen.

Die wissenschaftlich erwiesene positive Wirkung des Musizierens auf die kognitive und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen rechtfertigt erhebliche Anstrengungen auf diesem Gebiet.

Kulturelle Überlieferung lebendig erhalten

Die reiche kulturelle Überlieferung unseres Landes mit Leben zu erfüllen und für die kommenden Generationen zu erhalten, ist nach unserer Überzeugung eine zentrale Aufgabe des Staates. Die Finanzierung der niedersächsischen Theater, Orchester und Museen und die Pflege unserer Kulturdenkmäler muss auch vor dem Hintergrund schwierigerer finanzpolitischer Rahmenbedingungen unter allen Umständen sichergestellt werden.

Die Finanzierung staatlicher Kultureinrichtungen dient in erster Linie dazu, der Bevölkerung den Zugang zu Meisterwerken der Musik- und Theaterliteratur zu ermöglichen, die wegen des hohen Aufwands sonst nicht mehr aufgeführt würden. Die Spielplangestaltung der staatlichen Bühnen muss diesen Bildungsauftrag des Staates widerspiegeln und sich daher deutlich von Produktionen der sogenannten „freien Szene“ unterscheiden.

Die gelebte Tradition der deutschen Kultur bewahren

Wir betrachten es nicht nur als das Recht, sondern auch als die Pflicht der AfD, die jahrhundertealte Identität Deutschlands und von uns Niedersachsen zu schützen.

Wir wollen unsere gewachsene deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere gelebten Traditionen bewahren. Sie sind die Quelle des Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins unseres Volkes. Wir wollen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkel langfristig in unserem Land mit deutscher Mehrheit und deutscher Leitkultur leben können.

Das Gemeinwesen auf dem Lande fördern

Die Versorgung der ländlichen Bevölkerung mit soziokulturellen Einrichtungen darf nicht mehr vernachlässigt werden. Die AfD Niedersachsen wird über geänderte Steuerschlüssel die Kommunen finanziell besser in die Lage versetzen, die sozialen Dienste und das Kulturleben auf dem Lande angemessen zu unterstützen.

Wir unterstützen die Kreisvolkshochschulen.

Demokratiefeindlichem Islamismus entgegenreten

In Deutschland gibt es tausende radikaler Salafisten, die in ausländisch finanzierten Moscheen Hass gegen „Ungläubige“ predigen. Auch in Niedersachsen geht eine große Zahl staats- und deutschfeindlicher Islamisten unbehelligt ihren Aktivitäten nach, Terrorzellen haben sich gebildet.

Die Religionsfreiheit gilt aber nicht unbegrenzt und findet ihre Beschränkung in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ein radikaler Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist somit in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt und kann unterbunden werden. Daher werden wir Moscheen schließen, in denen gegen unser Land und unsere Bürger gepredigt wird und die Salafistenszene zerschlagen.

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den Islam werden wir unterbinden. Hierzu gehört auch ein Verbot der Errichtung von Minaretten und die Beschallung durch den Ruf des Muezzin.

Wir werden auch durchsetzen, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat. Zum integrationswidrigen Verhalten zählen u. a.: islamistische Propaganda, Tragen der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst, Herausnahme von muslimischen Schülern aus schulischen Aktivitäten, Genitalverstümmelungen und die Anbahnung von Kinderehen.

Soziale Sicherung

Reserven aktivieren und besser qualifizieren

In Niedersachsen gibt es viele Arbeitslose und Unterbeschäftigte, vielfach auch Langzeitarbeitslose oder Hartz-IV-Abhängige. Dieses Reservoir kann aktiviert und qualifiziert werden. Die Zuwanderung gering- oder unqualifizierter Personen, wie aktuell betrieben, ist daher völlig unsinnig.

Die Vorrangprüfung für deutsche Arbeitnehmer ist beizubehalten.

Unsere Sozialsysteme gewähren bundesdeutschen Staatsbürgern die materiellen Voraussetzungen für die Existenzsicherung und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben. Sie wurden nicht für Bürger anderer Länder erlassen.

Grundsicherung, Sozialhilfe und Kindergeld dürfen nur an Menschen ausgezahlt werden, die deutsche Staatsbürger sind oder die in Deutschland mindestens fünf Jahre sozialversicherungspflichtig beschäftigt gewesen sind. Es gelten dann die Regelsätze ihres jeweiligen Wohnsitzlandes.

Transferzahlungen an Ausländer sind deutlich zu reduzieren und wie BAföG als rückzahlbare Staatsleistung zu behandeln. Sachleistungen haben Vorrang vor Geldleistungen. Sozialbetrug ist im Rahmen der Gesetze konsequent zu verfolgen.

Sozialhilfe nur für Bedürftige

Wir fordern, dass Sozialbetrug, der z. B. durch vorgetäuschte oder verschwiegene Sachverhalte oder durch Mehrfachmeldungen begangen wird, endlich konsequent bestraft wird. Hierzu wollen wir auch den innerbehördlichen Datenaustausch deutlich verbessern. Wenn durch pflichtwidriges Handeln ein finanzieller Schaden entstanden ist, werden wir die betreffenden Mitarbeiter oder Leiter von Behörden in Regress nehmen. So werden wir Verantwortliche, die unter Missachtung des Gesetzes

unberechtigt Gelder an angeblich Bedürftige auszahlen, wegen Unterschlagung und Veruntreuung öffentlicher Finanzmittel zur Rechenschaft ziehen.

Zahlungen an Ausländer ohne Aufenthaltsberechtigung stellen wir konsequent ein. Ausreisepflichtige schieben wir ohne Verzug ab.

Die AfD spricht sich entschieden dagegen aus, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln. Bei der Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber wollen wir deshalb den Lebensstandard in den Heimatländern berücksichtigen und nach dem Vorbild der anderen europäischen Staaten die Anreize zum Asylmissbrauch weitestgehend reduzieren. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern muss auch bei den Asylkosten gelten. Ferner muss zur Bewahrung des sozialen Friedens die Verhältnismäßigkeit der "Flüchtlings"-Zuwendungen zu der staatlichen Unterstützung bedürftiger Einheimischer beachtet werden.

Den Missbrauch unserer Sozialsysteme unterbinden

Der Mitarbeiter, der bei Migranten erstens über die Duldung entscheidet und Ausweisungen tatsächlich beantragt und der zweitens über den Minderjährigenstatus entscheidet, sitzt in unseren Rathäusern. Wir werden die Behörden zur Rechtstreue anhalten und uns dafür einsetzen, dass die bestehenden Gesetze auch gegen den Widerstand der „Gutmenschen“ durchgesetzt werden. In der Demokratie steht das Recht über der Moral.

Kindererziehung ist Privatsache, nicht Staatsaufgabe

Wir begreifen unsere kulturell überlieferten Methoden in der Kindererziehung als Bereicherung für das eigene Leben und als besonderen Verdienst für die Gesellschaft.

Es ist nicht die Aufgabe des Staates, Kinder zu erziehen, sondern der der Eltern. Der Staat hat einen Bildungsauftrag, keinen Erziehungsauftrag. Eltern müssen wieder lernen, ihre Kinder selbst zu mündigen Staatsbürgern zu erziehen, die Freiheit und Verantwortung als gleichwertig begreifen. Der Tendenz, Kinder an Kindergärten und Schulen politisch zu indoktrinieren, werden wir uns entschieden entgegenstellen.

Kinderarmut bekämpfen – Bündnisse für benachteiligte Kinder

Unser Ziel ist es, Familien konsequent ins Zentrum der Gesellschaft zu stellen. Familien und Kinder haben bei der Alternative für Deutschland Vorrang.

In der Sicherung der Zukunft unserer Kinder liegt eine der Hauptmotivationen unseres Handelns. Die Armut von Kindern und die damit verbundenen sozialen Ausgrenzungen sind eines hochentwickelten Industrielandes unwürdig und bedürfen einer Lösung.

Das „Bildungspaket“ aus der Hartz-IV-Gesetzgebung ist jedoch bürokratie-beladen und wird daher nur zögerlich in Anspruch genommen. Die AfD will es entbürokratisieren und darüber hinaus in Städten und Kommunen gemeinsam mit Schulen, Kitas und Sportvereinen Bündnisse für benachteiligte Kinder schließen. Ermöglicht werden sollen hierdurch, neben einem kostenlosen Mittagessen, gemeinsame Freizeitaktivitäten, z. B. im Bereich des Sports, und nicht zuletzt Bildungsprojekte wie etwa die Hilfe bei Schulproblemen.

Jugend- und Sozialhilfe: Fördern und fordern

In der Jugend- und Sozialhilfe gilt es, nicht Missstände zu verwalten, sondern sie abzustellen. Fördern und fordern gehören zusammen. Wo die Familie versagt, muss angemessen eingegriffen werden. Um verwahrloste und kriminelle Jugendliche zu resozialisieren, müssen ihnen die Normen und Werte unserer Gesellschaft nachhaltig vermittelt werden. Hierzu werden wir in ausreichendem Maße Einrichtungen zur Verfügung stellen. Jugendliche, die sich dem entziehen oder verweigern, müssen konsequent mit den gesetzlichen Möglichkeiten sanktioniert werden.

Betreuung und Erziehung möglichst familiennah leisten

Wir setzen uns für eine deutlich positive Aufwertung der gesellschaftlichen Bewertung der Mutterrolle ein. Die Leistung vieler Mütter für unsere Gesellschaft ist gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die familiennahe Betreuung ist ein Recht der Eltern. Politische Weichenstellungen, die eine Bevorzugung der öffentlichen (staatlichen) Kinderbetreuung anstreben, lehnen wir ab. Wir stehen für eine echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung.

Die sichere Bindung zu Bezugspersonen ist die Grundlage für eine gesunde und erfolgreiche Entwicklung vom Kleinkind an. Auch deswegen unterstützen wir die kleinkindliche Erziehung im Kreis der Familie oder durch Unterstützung von Tagesmutterbetreuung statt bedingungslosen Kindertagesstätte-Ausbaus. Die möglichst frühe Übergabe von Kleinstkindern in staatliche Betreuung sehen wir sehr kritisch.

Die Familien sollen frei von finanziellen Nöten entscheiden können, ob sie ihre Kleinen zu Hause betreuen oder in einer wohnortnahen Krippe und einem Kindergarten betreuen lassen. Deshalb setzt sich die AfD dafür ein, mit der erfolgten Abschaffung von Kindergartengebühren, endlich auch ein Betreuungsgeld einzuführen. Dieses Landesbetreuungsgeld soll 500 Euro monatlich für Kinder unter 3 Jahren und 300 Euro für Kinder unter 6 Jahren betragen.

Beratung und Ermutigung für junge Paare

Wir wollen junge Eltern ermutigen, einen Haushalt zu führen und ihre Kinder verantwortungsbewusst zu erziehen. Wir schaffen deshalb Beratungsangebote für junge Paare und Eltern, damit sie ihre Aufgaben und ihre Verantwortung als Eltern kennen lernen und sie erfüllen können.

Dies beginnt bei der Zubereitung von gesunden und schmackhaften Mahlzeiten in der eigenen Küche, zieht sich über Rahmenbedingungen für die Bewältigung der Hausaufgaben, Regeln zum Umgang mit elektronischen Medien und Spielkonsolen und endet bei der persönlichen Zuwendung bei der abendlichen Gute-Nacht-Geschichte.

Hinzu kommt die Vermittlung von Fertigkeiten und Förderung der Fähigkeiten des täglichen Lebens. Von besonderer Bedeutung ist es, Kinder zu ermuntern statt sie abzuschirmen.

Wir wollen das Instrument der Kreisvolkshochschulen nutzen, um in dieser Richtung noch stärker und flächendeckend gezielte Bildungsangebote für junge Familien zu machen, und mit Nachdruck hierfür werben.

Müttern die Rückkehr ins Berufsleben erleichtern

Wir setzen uns für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein, bei gleichzeitig optimalen Bedingungen für unsere Kinder.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Frauen, die wieder ins Berufsleben zurückkehren wollen. Durch die Familiengründung entsteht in der Erwerbsbiografie von Frauen eine sogenannte M-Kurve. Der Ausbildungsstand von Frauen ist vor dem ersten Kind auf einem hohen Niveau. Durch die Babypause entfernen sich viele Frauen vom Arbeitsmarkt und steigen bei ihrer Rückkehr auf einem viel geringeren Niveau wieder ein.

Durch gezielte Fort- und Weiterbildungsprogramme wollen wir diesem Umstand entgegenwirken. Den Berufsrückkehrerinnen wird dadurch die Möglichkeit eröffnet, wieder in ihrem erlernten Beruf ein Arbeitsverhältnis einzugehen.

Der bereits bestehende Anspruch auf Kita- und Krippenplätze muss insbesondere für berufstätige Frauen endlich praxisnah umgesetzt werden. Hierbei sind die Öffnungszeiten an den Berufsalltag unter Berücksichtigung der Fahrtzeiten anzupassen.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Wir wollen das Gemeinwesen fördern und die Wohn- und Lebensqualität in den ländlichen Gemeinden verbessern. Neben den klassischen Einrichtungen wie Gemeindezentren, Kitas und Schulen sollen auf ehrenamtlicher Basis Treffpunkte mit vielfältigen Angeboten für Menschen aller sozialen Gruppen geschaffen werden.

Das dörfliche Leben wird durch ehrenamtlich engagierte Mitmenschen gestärkt, die z.B. in der Freiwilligen Feuerwehr und dem Deutschen Roten Kreuz aktiv sind, wie auch als Dorfhelferinnen oder im Landfrauenbund. Wesentliche Träger ehrenamtlichen Engagements sind außerdem die klassischen Vereine, denen unser besonderes Augenmerk gilt. Hierzu gehören Sport-, Schützen-, Heimat-, Gesangs- und Kulturvereine.

Gesundheit, Sport, Erholung

Medizinische Versorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Gesundheit gehört zu den höchsten Lebensgütern. Die Sicherstellung der medizinischen Versorgung für alle Bürger in Stadt und Land gehört zu den Grundpfeilern des modernen Sozialstaates. Ärztemangel und eine älter werdende Gesellschaft stellen die ländlichen Regionen schon jetzt vor große Herausforderungen. Für die Entscheidung junger Familien, sich in ländlichen Regionen niederzulassen, ist eine flächendeckende allgemeinmedizinische und zahnärztliche Versorgung ebenso unabdingbar wie die Möglichkeit, die Dienste von Hebammen in Anspruch nehmen zu können. Wir setzen uns deshalb für eine dezentrale, wohnortnahe und flächendeckende medizinische Versorgung für alle Bürger ein.

Die freiberuflich geführte Inhaberpraxis im Rahmen der ärztlichen Selbstverwaltung, ggf. auch als Gemeinschaftspraxis, soll weiterhin das Rückgrat der ambulanten Versorgung bilden. Durch das flächendeckende Angebot eines Hausarztsystems sollen ambulante Behandlungen besser koordiniert und Doppeluntersuchungen vermieden werden.

Um dies sicherzustellen, muss die finanzielle Unterstützung z. B. von Ärzten, die mit ihrer Praxis in die ländlichen Regionen wechseln, gegeben sein.

Wir begrüßen neben der tragenden Säule der niedergelassenen, freiberuflichen Ärzteschaft auch alternative Versorgungsformen, wie etwa lokale Gesundheitszentren, da dort auch Mediziner unterschiedlicher Fachrichtungen mit flexiblen Arbeitszeitmodellen im Angestelltenverhältnis arbeiten können.

Den Betrieb von Gesundheitszentren durch Klinikkonzerne sehen wir kritisch, da Gesundheitszentren einen Teil der Daseinsvorsorge darstellen und nicht der Gewinnmaximierung unterliegen sollten.

Den öffentlichen Gesundheitsdienst stärken

Die Aufgaben des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind vielfältig. Um seinen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die Gesundheitsämter mit ausreichend Personal ausgestattet werden.

Dies sollte sich insbesondere bei der Schwangerenkonfliktberatung so auswirken, dass die Zahl der Abtreibungen durch eine sachgerechte Beratung verringert werden kann.

Bei den Einschulungsuntersuchungen muss sichergestellt werden, dass Genitalverstümmelungen bei Jungen und Mädchen erkannt werden. Eine enge Zusammenarbeit mit psychologischem Dienst, Jugendamt und Polizei ist hier notwendig.

Regionale Gesundheitsnetzwerke weiterentwickeln

Wir werden die Zusammenarbeit der Leistungserbringer insbesondere bei chronisch Kranken fördern, sowie die Gesundheitsberufe besser organisieren und weiterentwickeln. Die mangelnde Vernetzung der Akteure und die oft mangelhafte Patientenzentrierung sind zentrale Kostentreiber im deutschen Gesundheitswesen. Deshalb fordern wir die substantielle Weiterentwicklung von regionalen Gesundheitsnetzwerken, um Steuerungsmöglichkeiten vor Ort mit einem hohen Maß an Bürgerbeteiligung zu schaffen.

Regionale Krankenhäuser sind Teil der medizinischen Grundversorgung

Den Rückzug staatlicher bzw. kommunaler Krankenhausträger aus der stationären Versorgung sehen wir kritisch. Bei der wirtschaftlich gebotenen Zusammenlegung von Standorten setzen wir auf Bürgerbeteiligung und Transparenz. Es muss sichergestellt werden, dass damit keine Verschlechterung der Versorgung verbunden ist.

Wir wollen regionale Krankenhäuser erhalten und lehnen die Industrialisierung der Medizin durch Klinikkonzerne ab. Hierzu ist es erforderlich, den seit langem bestehenden Investitionsstau der Krankenhäuser aufzulösen. Um die kommunale Eigenverantwortung zu stärken, fordern wir die Abschaffung des dualen Finanzierungssystems auf Landesebene zugunsten einer verbesserten Finanzausstattung der Landkreise.

Fachleute in die Aufsichtsgremien, keine verdienten Genossen

Wir fordern, dass in den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft eine Besetzung der Aufsichtsgremien durch qualifizierte Fachleute erfolgt, damit erforderliche Reformen nicht am Einfluss von Parteipolitikern scheitern. Die Parteibuchwirtschaft und Selbstbedienung muss ein Ende haben.

Notfallpraxen an Krankenhäuser angliedern

Die AfD Niedersachsen fordert, dass Notfallpraxen, sog. Portalpraxen, flächendeckend an die Krankenhäuser, die mit ihnen zusammenarbeiten, angegliedert werden und 24 Stunden erreichbar sind. Dies reduziert die teure und fehlgesteuerte Inanspruchnahme der Krankenhausambulanzen und erhöht die Sicherheit der Akteure.

Vertrauen durch gute Ausbildung und deutsche Sprache

Gesundheit ist immer auch eine Frage des Vertrauens. Ärzte und Pflegekräfte, die den Patienten nicht verstehen, sind wenig geeignet, Vertrauen zu schaffen. Bei Einstellungen ist darauf zu achten, dass Menschen, die in Gesundheitsberufen arbeiten, die deutsche Sprache sicher beherrschen.

Hebammen aktiv unterstützen

Die AfD Niedersachsen will die Geburt zu Hause oder in Geburtshäusern als alternatives Angebot auch in der Fläche erhalten. Ausgleichszahlungen oder der Sicherstellungszuschlag lösen das grundsätzliche Problem immer weiter steigender Haftpflichtprämien nicht.

Wir fordern daher, die freiberuflich tätigen Hebammen von der Berufshaftpflichtversicherung zu entlasten und die Kosten durch das Land oder die Kommune übernehmen zu lassen.

Auch sollten Hebammen und andere Dienstleister des Gesundheitswesens im Einsatz überall kostenlos parken dürfen.

Pflege vorrangig im häuslichen Umfeld

Die im Rahmen der demographischen Entwicklung zu erwartende Erhöhung der Anzahl der Pflegebedürftigen bei gleichzeitiger Verringerung der insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel ist eine enorme gesellschaftliche Herausforderung. Zugleich wünschen sich die meisten Menschen, so lange wie möglich im häuslichen Umfeld gepflegt zu werden. Aus diesem Grund setzt sich die AfD ganz besonders für die Interessen von pflegebedürftigen Menschen, pflegenden Angehörigen und Pflegefachkräften ein.

Wir unterstützen auch Wohnmodelle, z. B. Mehrgenerationenhäuser, die es im sinnvollen Rahmen ermöglichen, dass sich Menschen gegenseitig helfen.

Den Kommunen die Durchführung von Prävention ermöglichen

Mit dem Präventionsgesetz 2015 sind die Krankenkassen gesetzlich dazu verpflichtet worden, Mittel für Präventionsprogramme auch in allen niedersächsischen Gebietskörperschaften vorzuhalten. Das Land Niedersachsen hat dafür Sorge zu tragen, dass alle Kommunen in die Lage versetzt werden, diese Mittel auch abzurufen und einzusetzen.

Bewegung und sportliche Betätigung sind fester Teil des Lebens

Wir unterstützen sowohl den Schul- als auch den Vereinssport, weil beiden Bereichen eine entscheidende Rolle für die Gesundheit der Bevölkerung zukommt.

Freizeitangebote für Jugendliche auf dem Lande fördern

Die Jugend benötigt Freizeitangebote auf dem Lande, damit sie dort verwurzelt bleibt und der Landflucht entgegengewirkt wird. Hierzu können z.B. Diskotheken in Gewerbegebieten mit Nachtbusanbindung gehören.

Bau- und Wohnungswesen, Verkehr

Bevormundung von Haus- und Wohnungseigentümern beenden

Wir lehnen die Bevormundung durch Bauleitlinien ab, bei denen den Eigentümern ideologische Vorgaben gemacht werden. Das betrifft beispielsweise die Vorgabe der Heiztechnologie und die Reduzierung der Anzahl wohnungsnaher Stellplätze.

Die Ermessensspielräume bei Planungsverfahren und Bauanträgen sind grundsätzlich im Sinne des Bürgers voll auszuschöpfen. Nicht alle Bauvorgaben sind durch Bundes- und Landesgesetze erzwungen. Daher wollen wir die Bauverwaltung verpflichten, ihre gemeindeeigenen Bauvorgaben zu durchforsten, um Vorgaben, die das Bauen unnötig verteuern, zu streichen.

Politisch motivierte Umbenennungen von Straßennamen

Wir sind für die Beibehaltung und die Wiederherstellung von Straßennamen mit historischem Bezug. Jegliche politisch motivierte Leugnung unserer Geschichte heißt auch, unsere kulturellen Wurzeln leugnen zu wollen. Wir stellen uns diesen Versuchen einer Geschichtsverfälschung entgegen.

Öffentliche Projekte professionell planen und durchführen

Öffentliche Bauprojekte müssen professionell geplant und ausgeführt werden. Hier ist professionelles Projektmanagement ohne politisches Herumlavieren erforderlich. Zuständige Beamte sind entsprechend im Projektmanagement zu schulen und weiterzubilden. Die Leistungsüberwachung und das Kostenmanagement für öffentliche Projekte müssen verbessert werden und bereits bei der Ausschreibung und Auftragsvergabe greifen. Private Auftragnehmer sind für Mängel und die Nichteinhaltung von Vorgaben konsequent in Haftung zu nehmen, so wie es ansonsten in der Privatwirtschaft üblich ist.

Verfahren beschleunigen – Planungssicherheit schaffen

Wir werden das öffentliche Bau- und Planungsrecht optimieren. Die derzeit noch vorhandenen Möglichkeiten richterlicher Blockaden oder klientelbezogener Einflussnahmen auf Mikroebene müssen dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit weichen. Raumordnungs-, Planfeststellungs- und Genehmigungsverfahren müssen innerhalb weniger Monate rechtssicher durchgeführt werden können. Die Anzahl der Träger öffentlicher Belange ist auf maximal zehn pro Verfahren zu begrenzen.

Die private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ist unwirtschaftlich

Sogenannte „Public-Private-Partnership-Modelle“ (PPP/ÖPP) verschleiern Bau- und Betriebskosten und sind teurer als konventionelle Vorhaben. Sie begünstigen zudem große Bau- und Straßenbauunternehmen und werden von uns daher strikt abgelehnt.

Frackingentscheidungen nur mit Bürgerbeteiligung treffen

Wir lehnen die Ausgrenzung von Bürgern bei Fracking- und anderen bergbaurechtlichen Entscheidungen ab. Es ist nicht die Aufgabe der Landkreise als untere Wasserbehörde, am Bürger vorbei Entscheidungen zu treffen. Wir als AfD fordern eine obligatorische Bürgerbeteiligung, die dann auch für Entscheidungen maßgeblich sein muss.

Aufwertung von Brachflächen in bebauten Gebieten

Wir unterstützen die ökologische Aufwertung von Brachflächen in Verkehrs-, Gewerbe- und Wohnbereichen, z. B. auf Flachdächern oder in Verkehrskreiseln. Hier können Blühflächen, Nutzsträucher und Obstbäume angepflanzt werden.

Landflucht in Niedersachsen beenden

In Niedersachsen findet derzeit eine ungebremste Wanderungsbewegung vom Land in die Städte statt. Diese Landflucht trägt dazu bei, dass bezahlbarer Wohnraum in den Großstädten kaum noch vorhanden ist. Daneben droht die Gefahr, dass der ländliche Raum verödet und dort die Basisinfrastruktur nicht mehr uneingeschränkt vorgehalten werden kann.

Die AfD Niedersachsen setzt sich dafür ein, der Landflucht entgegenzuwirken, indem das Leben außerhalb der Städte wieder attraktiver wird. Voraussetzung ist eine leistungsfähige Infrastruktur zur Verbesserung der Lebensqualität und Wirtschaftskraft.

Wir unterstützen mittelständische Strukturen, z. B. in der Landwirtschaft und in der Lebensmittelerzeugung und -veredelung. Die überzogene bürokratische Gängelung von Hofläden, Landschlachtereien und mittelständischen Molkereibetrieben werden wir beenden.

Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den Islam unterbinden

Die Vereinnahmung des öffentlichen Raumes durch den politischen Islam werden wir unterbinden. Den Verkauf kommunaler Liegenschaften an islamische Organisationen lehnen wir daher ab. Vor dem Bau einer Moschee soll ein Bürgerentscheid stattfinden. Die Genehmigung von Minaretten, anderen islamischen Stilformen und von Muezzin-Rufen wollen wir verhindern.

Neue Gewerbegebiete behutsam ausweisen

Bei der Ausweisung neuer Gewerbegebiete sollte darauf geachtet werden, dass nicht ein Übermaß an naturnahen Landschaften verloren geht. Außerdem sollten nach Möglichkeit keine Gewerbebetriebe angesiedelt werden, welche in ruinöser Konkurrenz zu den bereits ortsansässigen lokalen Betrieben stehen würden.

Den Verkehrsfluss verbessern

Eine Verbotskultur gegen den Individualverkehr lehnen wir ab. Die Nutzung von Fahrrad und Bus muss freiwillig bleiben, soll aber durch kommunale Maßnahmen unterstützt werden. Der Verkehrsfluss auf den Durchgangsstraßen soll durch intelligente Schaltung der Ampelanlagen verbessert werden, dadurch können in Städten die täglichen Stunden mit Stop-and-Go vermieden werden. Ein Gewinn für Fahrer und Passanten.

Ampelschaltungen mit dem Ziel, die Einfahrt in die Stadt künstlich zu verzögern, lehnen wir ab.

Bahnanbindungen verbessern

Wir unterstützen verbesserte Bahnanbindungen im ländlichen Raum. Hierzu gehören intelligente Beförderungskonzepte, z.B. durch Kleinzüge und Schienenbusse, um trotz geringem Verkehrsaufkommen wirtschaftliche Angebote machen zu können. Wir unterstützen daher auch den Gedanken einer „Mitfahrbank“.

Wohneigentumsquote erhöhen

Deutschland besitzt die mit Abstand niedrigste Wohneigentumsquote der EU. Wir wollen diese Quote erhöhen, indem wir den Erwerb einer Wohnung oder eines Hauses auch für den Normalverdiener und junge Familien erleichtern. Wir unterstützen Bemühungen der Kommunen, junge Familien zu motivieren, sich in ländlichen Gebieten niederzulassen.

Bezahlbares Wohnen fördern

Wohnen in Niedersachsen muss auch bei geringerem Einkommen – insbesondere in unseren Städten – wieder möglich sein. Wir setzen uns daher für bezahlbare Mieten in den Ballungszentren ein. Hierzu wollen wir zur Eigentumsförderung Grundstücke der öffentlichen Hand in Erbbaurecht zur Verfügung stellen und genossenschaftliches Wohnen fördern.

Wir beenden die bisherige Politik der Verdrängung von arbeitenden Menschen aus ihren Wohnungen durch den Staat, der jede Miete zahlen kann, um solche Wohnungen an Zuwanderer zu geben.

Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Duldung von abgelehnten Asylbewerbern von den Gemeinden restriktiver gehandhabt wird, um die Blockierung von vorhandenem Wohnraum zu reduzieren.

Alternative Wohnformen ausbauen

Alternative Wohn- und Betreuungsformen werden mit steigender Anzahl alter Bürger immer wichtiger. Dabei muss berücksichtigt werden, dass das sinkende Rentenniveau die Finanzkraft der zukünftigen Rentner schmälern wird.

Wir unterstützen daher die vielfältigen Möglichkeiten, ein selbstbestimmtes Leben im Alter zu führen. Sie reichen vom Wohnen zu Hause mit Unterstützung – etwa dem betreuten Wohnen – über Stadtteilkonzepte, generationsübergreifendes Wohnen, Seniorenhausgemeinschaften, Seniorenwohngemeinschaften über ambulant betreute Wohngemeinschaften bis hin zu teil- und vollstationären Einrichtungen.

Das Ziel der vielfältigen neuen Wohnformen ist es zum einen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zum anderen spielt das selbstbestimmte Wohnen bis an das Lebensende eine besondere Rolle.

Auch ökologische Aspekte werden aufgegriffen, indem energetisch sinnvolle Gesamtkonzepte entwickelt werden. Die Siedlungs- und Stadtentwicklung erhält somit in baulicher, ökologischer und sozialer Hinsicht neue Impulse.

Dieser Wohnwandel erfordert aber auch eine Verbesserung der kommunalen und finanziellen Rahmenbedingungen, um das neue Wohnen unterstützen zu können. Wohn-Pflege-Gemeinschaften und andere innovative Wohnformen für ältere Menschen zeichnen sich durch ein hohes Maß an Selbstbestimmung, Teilhabechancen sowie Wahlfreiheit bei Pflege- und Betreuungsleistungen aus.

Straßenausbaubeiträge abschaffen

Der Straßenbau ist eine klassische Staatsaufgabe. Straßenausbaubeiträge („Strabs“) belasten einseitig nur die Anwohner, obwohl die Straßen anschließend durch alle Bürger genutzt werden können. Dies führt einerseits zu einer erheblichen Ungleichbelastung aber auch zu Bürgerwiderstand gegen eigentlich notwendige Ausbaumaßnahmen.

Dem Bund stehen durch die Kraftfahrzeugsteuer bereits enorme Steuereinnahmen zur Verfügung, während die Kreise und Kommunen für den Bau und Unterhalt von Kreis- und Gemeindestraßen eigene Steuereinnahmen einsetzen müssen.

Wir wollen diesen Mangel im Rahmen der Neuordnung der kommunalen Finanzen beheben. Wir fordern, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und durch einen Anteil an der KFZ-Steuer zu ersetzen oder durch eine Nutzungsgerechte Lösung zu ersetzen.

Radverkehr fördern ohne Anti-Auto-Politik

Die Nutzung des Fahrrads für kurze Strecken ist ein Gewinn für die Gesundheit.

Das erfordert jedoch die kontinuierliche Pflege der Radwege. Hereinragende Büsche und Fahrwege mit Wurzelschäden sind nicht akzeptabel. Wir wollen die Gemeinde fordern und in die Lage versetzen, dieser Aufgabe nachzukommen.

Wir wollen jedoch kein Geld in Sonderprojekte wie „Rad-Schnellwege“ für Langstreckenverbindungen investieren, weil dies nur einigen wenigen Extrem-Radfahrern zugutekommt.

Dauerbaustellen vermeiden – Aufträge intelligent ausschreiben

Staus und der Verschleiß überlasteter Umleitungen verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Kosten. Diese werden nicht selten durch schlechtes Baustellenmanagement und verzögerte Investitionen noch weiter in die Höhe getrieben. Gerade diese Mehrkosten für Bürger und Unternehmen müssen endlich berücksichtigt werden. Auch sollen Baumaßnahmen die Bürger und die Gewerbetreibenden so wenig wie möglich einschränken.

Wir lehnen es ab, auf minimierte Bauzeiten und rasche Umsetzung zu verzichten, nur weil die Mittel aktuell nicht eingeplant sind oder ein langsamerer Baufortschritt bei oberflächlicher Betrachtung billiger ist.

Wir fordern deshalb, dass bei Ausschreibungen von vornherein auf möglichst kurze Bauzeiten und geringe Verkehrsbehinderungen Wert gelegt wird und dass Umleitungsstrecken währenddessen baustellenfrei bleiben. Innenstädte, aber auch ländliche Räume sind vom Schwerlast-Transitverkehr freizuhalten.

Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung

Der Bodenspekulation entgegenwirken

Wir sind entschieden gegen die Umwidmung von landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Naturschutzgebieten als Ausgleichsflächen für Baugebiete oder Infrastrukturprojekte.

Freie Flächen nehmen rapide ab, obwohl dies nicht notwendig ist, wenn bestehende Wohn- und Gewerbeflächen angemessen und behutsam verdichtet und Industriebrachen neu genutzt werden. Daher lehnen wir die großflächige Ausweisung neuer Bau- und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese ab.

Tierschutz im Einklang mit den bäuerlichen Betrieben

Der grundgesetzlich verankerte Tierschutz muss von der Geburt bis zur Schlachtung der Nutztiere sichergestellt werden. Die AfD setzt sich für die Stärkung des Veterinärwesens und der Kontrollbehörden ein. Sicherheit gilt aber auch für die Zuchtbetriebe und Höfe: Wo NGOs und private Vereine mit kriminellen Aktionen gegen Tierhalter aktiv sind, muss dies juristisch geahndet werden.

Wir unterstützen den Wiederaufbau dezentraler, mittelständischer Schlachthöfe, weil sie den Schlachtverkehr kurz halten und keine „Stallhaltung auf Rädern“ betrieben wird. Industrielle Großschlachthöfe lehnen wir ab.

Regionale Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften fördern

Der Ausbau regionaler Erzeuger- und Vermarktungsgesellschaften ist ressourcenschonend, sichert Arbeitsplätze in landwirtschaftlichen Familienbetrieben auch mit kleinteiligen Strukturen und sichert das Einkommen der ländlichen Bevölkerung.

Naturschutz statt Klimaschutz

Wenn der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht beachtet wird, ist der Schaden größer als der Nutzen. Die Klimahysterie in Deutschland führt zur großflächigen Zerstörung der Natur, z.B. durch Maismonokulturen und Windräder. Und zu bisher nicht geklärten Entsorgungsproblemen bei der Nutzung von „kostenloser“ Energie durch Sonne und Wind.

Auch wenn sich das Klima selbstverständlich seit Urzeiten wandelt, so müssen wir uns immer auch fragen, welche Maßnahme welche Auswirkung hat. Wir stehen für den Erhalt der Natur und den Erhalt der Artenvielfalt in unserer Heimat. Daher lehnen wir die Umweltzerstörung durch die Altparteien, insbesondere durch die Grünen, ab.

Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen

Wir wollen Anreize schaffen, damit Unternehmen ihre Produktionsstätten in ländliche Gebiete verlagern und Firmen-Neugründer ermutigt werden, in ländlichen Gebieten ansässig zu werden. Dies gilt ganz besonders für die digitalen Arbeitsbereiche.

Der schnelle weitere Ausbau des digitalen Breitbandnetzes muss daher äußerste Priorität genießen. Ferner schafft er gerade für Mütter die Möglichkeit, im Homeoffice-Bereich tätig zu sein. Je mehr Firmen und Handwerksbetriebe in ländlichen Gebieten ansässig sind, desto weniger findet eine Landflucht in die Städte statt. Gerade auch für junge Menschen entstehen so Zukunftsperspektiven in ihrer angestammten Heimat.

Wir unterstützen die Betreiber von Hofläden, die regionale Produkte vermarkten und damit für eine Nahversorgung im ländlichen Raum sorgen. Bürokratische Vorgaben müssen abgebaut werden, Vorschriften aus EU-Verordnungen lehnen wir ab.

Fremdenverkehr stärken, effizient fördern und vermarkten

Von der Nordseeküste über die Lüneburger Heide bis zu den Mittelgebirgen: Niedersachsen besitzt mit seiner abwechslungsreichen und naturnahen Landschaft einige der wichtigsten Urlaubsregionen in Deutschland. Die Zahl der Arbeitsplätze im Tourismus ist mehr als sechsmal so hoch wie im gesamten Bereich der „erneuerbaren Energien“ und doppelt so hoch wie in der Automobilbranche.

Die AfD sieht hier ein erhebliches Wachstumspotential, insbesondere bei Touristen aus dem Ausland.

Der Fremdenverkehr ist daher als Wirtschaftsfaktor unverzichtbar und genießt Vorrang vor der Nutzung für Elektrizitätserzeugung durch Windkraft und Solar, die den Wert der Landschaft nachhaltig mindern.

Eine Tourismuspolitik auf Kosten nachfolgender Generationen widerstrebt unserer Vorstellung von solider und gesunder Haushaltspolitik. Wenn Tourismuskonzepte über viele Jahre latent defizitär sind und nur durch Zuschüsse überlebensfähig sind, müssen Alternativen gefunden und gefördert werden. Alles andere ist pure Steuergeldverschwendung.

Der Tourismus wird so gestaltet, dass Traditionen und Landschaft als Wesensmerkmal herausgestellt und durch die Moderne ergänzt werden.

Lokale und regionale Bankenstrukturen fördern

Kreissparkassen und Volksbanken gehören nicht an die internationalen Kapital- und Spekulationsmärkte, sondern dienen der Bereitstellung von Krediten an das Handwerk, den Mittelstand und die Bürger. Bürokratische Zentralisierungen im Bankensektor bei der Kreditvergabe an mittelständische Unternehmen lehnen wir ab und fordern dezentrale Entscheidungsstrukturen, die sich an den Gegebenheiten vor Ort orientieren.

Öffentliche Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- und Sondervermögen

Die Daseinsvorsorge ist kein Spekulationsobjekt

Betriebe der kommunalen Infrastruktur besitzen eine herausragende Bedeutung, wenn sie der Daseinsvorsorge dienen. Sie dürfen daher nur mit Zustimmung der Bürger vor Ort privatisiert werden. Daneben muss in jedem Fall entweder eine zeitliche Befristung erfolgen oder ein Rückübertragungsvorbehalt eingeräumt werden.

Rückübertragungen wird die AfD da anstrengen, wo bestehende Verträge nicht so ausformuliert sind und bereits überdurchschnittliche Kostensteigerungen und/oder die Trinkwasserqualität das Problem darstellen. Hierfür werden wir Allianzen bilden und unter Ausnutzung des Rechtsweges entsprechende Maßnahmen entwickeln, um im Ergebnis die Rückübertragung zu erwirken.

Sauberes Trinkwasser gehört zur Daseinsvorsorge

Nitrat

Wir unterstützen die freiwillige Kooperation zwischen Wasserversorgern und Landwirten, die bereits zu messbaren Verbesserungen der Grundwasserqualität geführt hat. Die Gründe der hohen

Nitratbelastung sind zu analysieren, in einem zweiten Schritt ist unter Einbindung aller Akteure nach allgemein verträglichen und nachhaltigen Lösungen zu suchen.

Vorgaben (z.B. Nitratwerte und die zur Ermittlung benannten Messmethoden) des Bundes oder der EU sind sorgfältig auf Sinnhaftigkeit zu prüfen und ggf. sind durch die Kommune entsprechende Ausnahmen zu erwirken, auch unter Ausnutzung des Rechtsweges.

Eigenwirtschaftlichkeitszwang des ÖPNV vermeiden

Bei öffentlichen Ausschreibungen ist der Betreiber bisher zur Eigenwirtschaftlichkeit gezwungen. Städtische Zuschüsse sind dann nicht mehr erlaubt. Wir wollen, dass die Bürger hierüber lokal entscheiden können.

Die Idee der Bürgerbusse vorantreiben

Wir werden den Ausbau des sogenannten Bürgerbus-Netzes mit Kleinbussen vorantreiben. Eine logische Weiterentwicklung ist die Schaffung von Angeboten für flexible Ruf-Bus-Lösungen. Dadurch erschließen sich den Menschen weitere Einkaufsmöglichkeiten in Wohnortnähe.

Das erweiterte Bürgerbus-Liniennetz erleichtert außerdem die medizinische Versorgung gerade von älteren Bürgern ohne eigenen PKW.

Elektrizität aus Windkraft

Die AfD betrachtet die Nutzung der Windkraft zur Stromerzeugung differenziert. Da die notwendigen Flächen nur im ländlichen Raum und an der See zu finden sind, wird der infrastrukturell und kulturell bereits benachteiligten Landbevölkerung ein weiteres Opfer zugemutet. Der Anlagenbetrieb stellt auch keinen nachhaltigen wirtschaftlichen Aspekt für die betreibende Region in Aussicht.

Deshalb dürfen nur da, wo Beeinträchtigungen z.B. Gesundheitsgefahren durch Infraschall für den Bürger und die Natur auf ein Minimum beschränkt werden können, Flächen ausgewiesen werden. Eine Beeinträchtigung der Natur stellt in vielen Fällen bereits die „Verspargelung“ der Landschaft dar. Deshalb ist diese Form der Energiegewinnung nur möglich mit Zustimmung des Bürgers, der im Umfeld der Windkraftanlage lebt und unter Partizipation der Betroffenen an den Erträgen der erzeugten Energie.

Wir fordern für alle bereits bestehenden WKA unter 2,5 km Entfernung zu bewohnten Gebäuden eine Nachtabschaltung von 20.00 bis 6.00 Uhr.

Weil die Festlegungen zum Aufbau der Windenergienutzung im „Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) erfolgen, werden wir uns mit aller Kraft dafür einsetzen, dass bei dieser Planung der Bürgerwille Beachtung findet.

Elektrizität aus Biogasanlagen

Der Betrieb von Biogasanlagen stellt eine attraktive und umweltfreundliche Art der Energiegewinnung dar, sofern für dessen Erzeugung überwiegend landwirtschaftliche Reststoffe, wie Gülle und Mist aus lokaler landwirtschaftlicher Produktion zum Einsatz kommen. Aktuell werden aber im großen Stil Maisanbauten für die Energiegewinnung genutzt. Dieser zusätzliche Flächenverbrauch für die Energieerzeugung führt zu einem Wettbewerb der Flächennutzung für die Produktion von Lebensmitteln. Die jetzige Energiepolitik sorgt für erheblich gestiegene Land- und Pachtpreise und

steht damit in direkter Konkurrenz zum Hauptlandnutzer, der Landwirtschaft. Darüber hinaus findet ein inakzeptabler Mülltourismus durch Importe von Gülle aus Nachbarstaaten statt, die für den Betrieb der Biogasanlagen genutzt werden.

Die AfD akzeptiert Biogasanlagen folglich nur dann, wenn diese von lokalen Betreibern mit überwiegend Gülle, Mist oder sonstigen Reststoffen aus lokaler Entstehung betrieben werden.

Elektrizität aus Photovoltaik

Photovoltaikanlagen können einen positiven Beitrag zur Energieversorgung in der Region leisten, wenn die Solarpaneele auf vorhandenen, bereits versiegelten Flächen aufgebracht werden, wie z.B. auf Dächern. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese Art der Energiegewinnung als „Eigenbetrieb“ vom Bürger geführt wird und der erzeugte, preiswerte Strom unmittelbar selbst genutzt werden kann. Die Förderung von Energiespeichern für die Selbstnutzung ist daher zu empfehlen, statt Stromtrassen quer durch das Land zu favorisieren, die gewaltige ökologische und gesundheitliche Belastungen nach sich ziehen. Wir fordern alle Kommunen auf, sich im Land stark zu machen, um eine entsprechende Initiative zur Abschaffung der EEG-Umlage bundesweit durchzusetzen.

Problematisch wird diese Form der Energieerzeugung immer dann, wenn landwirtschaftliche oder sonstige naturnahe Flächen dafür genutzt werden sollen. Der Entstehung von Solarparks treten wir deshalb entschieden entgegen. Neben dem Anstieg der Land- und Pachtpreise für die Agrarwirtschaft, stellt diese Nutzung mit seinem enormen Flächenverbrauch, einen starken Eingriff in die Umwelt dar, der die Attraktivität der betroffenen Region massiv beeinträchtigt.

Allgemeine Finanzwirtschaft

Die Finanzkraft der Kommunen stärken

Bei einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugeordnet werden, damit diese mehr und bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommen. Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die Ebenen verteilt werden (Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand).

Unsere Reformvorstellungen schließen auch die Gewerbesteuer und die Umsatzsteuer ein. Dass damit einhergehend auch die Verteilung der Einnahmen über die Ebenen neu geordnet werden muss, ist selbstverständlich und hat wie zuvor beschrieben aufgabenbezogen zu erfolgen.

Wir befürworten einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen in einem Rahmen von einigen Prozentpunkten, aber nicht außerhalb einheitlicher Gesetze und Regelungen.

An die Kommunen übertragene Aufgaben vollständig finanzieren

„Wer bestellt, bezahlt“. Wir wollen diesen im Grundgesetz und in der Landesverfassung verankerten Grundsatz konsequent zum Schutz der Kommunen anwenden.

Schon der 2013 geregelte Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung hat einige Kommunen an die Grenze der finanziellen Belastbarkeit geführt, da die Mehrkosten nicht vollständig durch den Bund finanziert wurden. Die Inklusion Behinderter und die Integration von Migranten birgt ungleich höhere und zudem nicht gegenfinanzierte Kosten.

Eine vollständige Kosten- und Kostenfolgeabschätzung ist in Niedersachsen nicht klar geregelt. Andere Bundesländer haben hierzu gesetzliche Regelungen wie ein Konnexitäts-Ausführungsgesetz erlassen oder Vereinbarungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geschlossen. Wir fordern, diese Lücke zu schließen und den Kommunen einen aufgabengerechten Steueranteil zuzusprechen.

Schluss mit parteipolitisch und ideologisch begründeten Ausgaben

Aktuell werden ideologische und religiöse Vereine fast unisono als gemeinnützig eingestuft, obwohl sie vollkommen einseitig und nicht selten gegen die Interessen der deutschen Bevölkerung gerichtet agieren.

Wir wollen die privilegierte Gemeinnützigkeit auf solche Vereine und Verbände beschränken, deren gesellschaftliches Interesse aus dem Grundgesetz abgeleitet werden kann und die unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung bejahen. Mit uns gibt es keine Unterstützung mehr für:

- verfassungsfeindliche Organisationen und Gruppen, wie die Antifa,
- Islamverbände,
- Gender Mainstreaming und sexuelle Vielfalt,
- Anti-Kapitalismus-Projekte,
- linke Pazifismusforschung,
- die Förderung illegaler Einwanderung,
- die Verhöhnung der Opfer von Straftaten durch „Täter-Opfer-Ausgleich“ etc.,
- Werbung für die Legalisierung des Drogenmissbrauchs.

Wir sind nicht gegen gesellschaftlichen Pluralismus. Vielmehr sind wir Garanten dafür, dass jeder selbst entscheiden darf, wie er leben will, solange er anderen dieses Recht ebenfalls zubilligt und der Gesellschaft mit seinem Verhalten keinen Schaden zufügt. Anders zu sein, ist allerdings keine Rechtfertigung dafür, Geld vom Staat zu erhalten.

Sparsame und effiziente Verwendung von Steuermitteln

Wir gehen sorgfältig mit den Steuereinnahmen um, verringern die Staatsverschuldung und beenden die Verschwendung. Zudem fordern wir, dass durch turnusmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Finanzierung übernommener Aufgaben überprüft wird.

Daher befürworten wir die Einführung eines Straftatbestandes der Steuerverschwendung. Verwaltungsangehörige müssen bei Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit haftbar gemacht werden können. Dies gilt ähnlich wie in der Privatwirtschaft bei der Geschäftsführerhaftung für Organisationsversagen. Die Kommunalaufsicht und die Rechnungshöfe sollten hierfür eine Ermittlungs- und Anzeigepflicht erhalten.

Teil III: Maßstäbe für weitere und neue fachbereichsübergreifende Themen

In der Präambel unseres Grundsatzprogramms sind nach der Grundpositionierung (Teil I) eine Reihe von Grundwerten festgelegt worden, die bei der konkreten Festlegung unsere Ziele auf allen Ebenen von der Kommune bis zum „EU-Parlament“ als Maßstab dienen. So existieren vielfach spezielle lokale

Themen und Probleme. Mittels dieser Maßstäbe können wir sicherstellen, grundsätzlichen Positionen unseres Grundsatzprogramms nicht zu widersprechen.

Darüber hinaus gibt es einige (übergreifende) Themen, die im Haushaltsplan nicht abgebildet werden, weil Sie keine unmittelbaren Zahlungsvorgänge auslösen. Die nachfolgend aufgeführten Grundwerte finden gleichfalls bei der Meinungsbildung mit anschließender Positionierung Anwendung.

Direkte Demokratie

Alle nachfolgend genannten systematischen Defizite wollen wir beseitigen. Das können wir allerdings nur sehr begrenzt wie Münchhausen, der sich aus dem eigenen Schopf aus dem Sumpf gezogen hat, auf kommunaler Ebene erreichen. Aus genau diesem Grunde fordern wir auf Landes- wie auch auf Bundesebene die Änderungen der Rechtsgrundlagen, um so die Entmündigung von kommunaler Selbstverwaltung und Entrechtung der Bürger zunehmend aufzuheben.

Die deutliche Stärkung der direkten Demokratie ist der einzige Weg und für uns ein Muss. Sie ist nicht verhandelbar. Als „Partei des gesunden Menschenverstandes“ setzen wir auf das politische Urteilsvermögen und die Verantwortungsbereitschaft der mündigen Bürger. Wir stehen im Geiste der Aufklärung und widerlegen Moralisten durch unsere Sachargumente. Die Wissenschaft steht über der Ideologie.

Wir wollen Volksabstimmungen nach Schweizer Modell auch auf kommunaler Ebene umsetzen und die uneingeschränkte Volkssouveränität auch in den Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die Bürger sollen über alle Themen mitbestimmen können, auch über die Haushaltssatzung und die vorzeitige Neuwahl des Landrats, Bürgermeisters und des Stadt- oder Gemeinderats. Das Unterschriftenquorum wollen wir auf 2,5 % Prozent senken, Zustimmungsquoren lehnen wir ab. Die zeitliche Bindungswirkung eines Bürgerentscheids wollen wir auf zehn Jahre erhöhen. Vor Ablauf dieser Frist kann ein Bürgerentscheid nur durch einen neuen Bürgerentscheid aufgehoben werden.

Gewaltenteilung

Wir wollen eine klare Gewaltenteilung auf allen Ebenen unseres Staates. Die Trennung von Amt und Mandat ist geeignet, eine unkontrollierte Ausübung von Staatsgewalt zu verhindern.

Daher wollen wir, dass Hauptverwaltungsbeamte, die an der Spitze der Verwaltung für alle Bürger zuständig sind, ihre Parteimitgliedschaft mit Amtsübernahme ruhen lassen.

Soziale Marktwirtschaft

Die soziale Marktwirtschaft und nicht die Staatswirtschaft ist die alleinige Triebfeder für den „Wohlstand für Alle“ in unserem Lande. Daher sind Aufgaben, die von kommunalen Gesellschaften wahrgenommen werden, an private zu übertragen.

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Räumen bieten kleine und mittlere Unternehmen überproportional viele Arbeitsplätze. Sie sind das Rückgrat des wirtschaftlichen Erfolges. Und auch nur diese tragen über Steuerzahlungen zur Stärkung der kommunalen Finanzen bei, da sie keine Möglichkeit zur Verlagerung ihrer Gewinne ins Ausland haben.

Der von der EU erzwungene Wettbewerb mit Anbietern aus Niedriglohnländern ist vielfach unfair: Reduzierte Sozial-, Umwelt- und Besteuerungsvorschriften, wie sie bereits bei unseren direkten EU-

Nachbarn vorhanden sind, führen zu einer massiven Wettbewerbsverzerrung zu Lasten unserer heimischen Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen. Zudem untergräbt dieser Wettbewerb unser Lohnniveau und schadet damit den einheimischen Arbeitnehmern. Die Verpflichtung zur Anwendung der EU-Vergaberichtlinien muss auf staatliche Großvorhaben beschränkt werden. Der Abfluss von Steuern und Abgaben aus der Kommune schadet zudem den öffentlichen Haushalten.

Der Umfang des öffentlichen Dienstes ist deshalb auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Dazu gehört die Verringerung der Anzahl der Verwaltungsebenen wie auch die Anzahl der Behörden. Außerdem müssen die Behörden eine klare Aufgabenzuordnung und Verantwortlichkeiten untereinander aufweisen.

Damit sollen Verwaltungsabläufe und -strukturen verschlankt und dezentralisiert werden. Die zunehmende Digitalisierung bietet der Verwaltung neue Möglichkeiten nach innen und außen. Die Digitalisierung interner Verwaltungsprozesse und die digitale Integration der Behörden untereinander soll weiter vorangetrieben werden, um die Mitarbeiter in den Behörden zu entlasten und Abläufe zu beschleunigen.

Der Bürger muss kostenfrei alle Informationen erhalten und frühzeitig über geplante Entscheidungen der Verwaltung und der Räte informiert werden. Es darf keine nichtöffentlichen Tagesordnungspunkte mehr geben, in denen richtungsweisende Themen hinter verschlossenen Türen angesprochen und entschieden werden.

Dies gilt insbesondere auch für alle finanz- und haushaltsrechtlichen Themen, denn Transparenz fördert die Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen bei Steuer- oder Gebührenerhöhungen ebenso wie das Kostenbewusstsein auf der Ausgabenseite. Wir wollen die Verantwortlichkeiten von politischen Entscheidungsträgern transparenter gestalten.

Die Öffentlichkeitsarbeit werden wir verbessern. Wer die Wahrheit unterdrückt oder Falschinformationen und geschönte Statistiken zu verantworten hat, ist für den öffentlichen Dienst ungeeignet.

Subsidiarität

Zentral für unsere Staatsordnung ist das Subsidiaritätsprinzip. Es bedeutet den Vorrang der persönlichen Verantwortung vor einer staatlichen Entscheidungsgewalt, der Kommune vor dem Land, dem Bund oder gar der EU. Aufgaben sind nur dann an eine übergeordnete Gebietskörperschaft zu übertragen, wenn diese dort effizienter umgesetzt werden kann. Dies setzt aber voraus, dass die Entscheidungskompetenz bei den untergeordneten Gebietskörperschaften liegt. Dieses ist aktuell nur in den wenigsten Fällen so. Daher setzen wir uns auf Landesebene dafür ein, dass die Gemeinden und Gemeindeverbände in deutlich mehr Fällen entscheiden können, ob sie eine Aufgabe übertragen wollen oder nicht. Solche Entscheidungen müssen auch revidierbar sein. Dazu soll durch regelmäßige Wirtschaftlichkeitsanalysen die Effizienz der Erfüllung übertragener Aufgaben überprüft werden.

Die Bevormundung und Gängelung der Kommunen durch Förderrichtlinien jedweder übergeordneter Gebietskörperschaft, die nur einen Teil der von den Bürgern erzwungenen Steuern wieder an diese zurückleiten, wollen wir unterbinden.

Bei einer Neuordnung des Steuer- und Sozialrechts werden wir uns dafür einsetzen, dass Steuereinnahmen verstärkt der untersten Ebene zugeordnet werden, damit diese mehr und

bürgernähere Entscheidungsspielräume bekommen. Wir wollen, dass zwischen Bund, Ländern und Gemeinden die Aufgaben klar getrennt und auch die Steuereinnahmen dementsprechend auf die Ebenen verteilt werden (Aufgaben- und Finanzverantwortung in einer Hand).

Föderalismus

Föderalismus heißt regionale kulturelle Unterschiede zu wahren (Art. 29 Abs.1 S.1 GG). Dieses Prinzip widerspricht dem Anspruch der Herstellung der Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse – am Besten gleich der ganzen Welt! Im Ergebnis hat dieser Anspruch ein unüberschaubares Gewirr von horizontalen und vertikalen Finanzausgleichszahlungen zur Folge. Auch deshalb setzen wir uns für das Mitentscheidungsrecht der Bürger wie auch der Gemeindevertretungen in allen Belangen ein, welche die Gemeinden oder Landkreise unmittelbar berühren. Damit wollen wir die zunehmende Fremdbestimmung der Bürger durch Land, Bund und EU abbauen. Wir wirken über die Kommunen mit der ihr vom Gesetzgeber gegebenen Möglichkeiten und im Rahmen des Landkreistages und des Städtetages auf das Land ein, um entsprechende Regelungen zu erreichen.

Föderalismus ist ein Gestaltungsprinzip, wonach ein Staat in eigenständige Einheiten gegliedert wird. Doch diese regionale Eigenständigkeit ist in Deutschland nur unvollständig umgesetzt. So haben die Gebietskörperschaften häufig ineinander eingreifende Verantwortlichkeiten und Zustimmungs- oder Mitentscheidungsrechte. Getoppt wird das Ganze auch noch von EU-Richtlinien, die selbst auf kommunaler Ebene Entscheidungsspielräume einschränken. Im Ergebnis kann der Bürger nicht mehr erkennen, welche Partei auf welcher Ebene für welche Entscheidungen verantwortlich ist. Im Ergebnis kann er in der nächsten Wahl kein klares Votum für oder gegen eine Partei abgeben.

Die Bürger sollen selbst entscheiden dürfen, welche Leistungen sie mit welchem Steuerbetrag finanzieren wollen. Wir befürworten daher einen Steuerwettbewerb zwischen den Bundesländern und zwischen den Kommunen in einem Rahmen von einigen Prozentpunkten.

Die Kosten für übertragene Aufgaben sind vollständig durch den Übertragenden zu übernehmen.

Familie

Die Familie aus Mann, Frau und Kindern bildet die soziale Keimzelle der bürgerlichen Gesellschaft und sichert den über Generationen gewachsenen gesellschaftlichen Zusammenhalt. Wir schützen und stärken die Familien übergreifend auch bei allen kommunalpolitischen Themen.

Wahrung der gelebten Tradition der deutschen Kultur

Wir betrachten es nicht nur als das Recht, sondern auch als die Pflicht der AfD, die jahrhundertealte Identität Deutschlands und von uns Niedersachsen zu schützen.

Wir wollen unsere gewachsene deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft und unsere gelebten Traditionen bewahren. Sie sind die Quelle des Selbstverständnisses und Selbstbewusstseins unseres Volkes. Wir wollen, dass nicht nur wir, sondern auch unsere Kinder und Enkel langfristig in unserem Land mit deutscher Mehrheit und deutscher Leitkultur leben können. Wir stehen im Geiste der Aufklärung und widerlegen Moralisten durch unsere Sachargumente. Die Wissenschaft steht über der Ideologie und das Recht über der Moral.

Öffentliche Debatten werden zunehmend moralisierend und durch schablonenhafte, axiomatische Scheinargumente geführt. Beispiele sind die Rassismus-, Klima- und Coronadebatte. Diese Tendenz schadet unserer Demokratie.

Religionsfreiheit gilt nicht unbegrenzt und findet ihre Schranken in der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Ein Islam, der Aufklärung, Demokratie und europäische Lebensweise nicht achtet, ist in Deutschland nicht durch die Religionsfreiheit geschützt. Den Verkauf kommunaler Liegenschaften an islamische Organisationen lehnen wir ab. Vor dem Bau einer Moschee soll ein Bürgerentscheid stattfinden. Die Genehmigung von Minaretten, anderen islamischen Stilformen und von Muezzin-Rufen wollen wir verhindern.

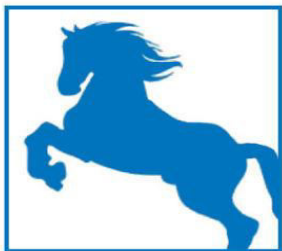
Eine kommunale Finanzierung religiöser Veranstaltungen darf nicht erfolgen.

Wir werden auch durchsetzen, dass wiederholtes integrationswidriges Verhalten aufenthaltsrechtliche Konsequenzen hat. Zum integrationswidrigen Verhalten zählen u. a.: islamistische Propaganda, Tragen der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit, Tragen von Kopftüchern im öffentlichen Dienst, Herausnahme von muslimischen Schülern aus schulischen Aktivitäten, Genitalverstümmelungen und die Anbahnung von Kinderehen.

Die AfD spricht sich entschieden dagegen aus, die Aufnahme von Flüchtlingen in ein Ansiedlungsprogramm zu verwandeln. Bei der Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber wollen wir deshalb den Lebensstandard in den Heimatländern berücksichtigen und nach dem Vorbild der anderen europäischen Staaten die Anreize zum Asylmissbrauch weitestgehend reduzieren. Der sparsame Umgang mit Steuergeldern muss auch bei den Asylokosten gelten. Ferner muss zur Bewahrung des sozialen Friedens die Verhältnismäßigkeit der "Flüchtlings"-Zuwendungen zu der staatlichen Unterstützung bedürftiger Einheimischer beachtet werden.

Wir fordern eine Stärkung der inneren und äußeren Sicherheit, eine der wesentlichen Staatsaufgaben. Die steigende Kriminalität, insbesondere die enorme Zunahme von Gewaltkriminalität durch ausländische Täter und Tätern mit Migrationshintergrund ist eine Bedrohung für unsere Gesellschaft. Bei den Bürgern wächst das Gefühl von Unsicherheit, die staatliche Ohnmacht gegenüber brutalen und respektlosen Straftätern löst Unverständnis aus.

GLÜCK AUF SALZGITTER



AfD

**Kreisverband
Salzgitter**

